pres 10.08.95 Seite 6 / Druckzeit: 28.08.95, 12:13

Ministerin Konrad verlangt mehr Geld

Anlaufstellen für Frauen möchte Frauenministerin Konrad mit einem höheren Budget finanzieren.

WIEN (ett). Trotz des Sparkurses für 1996 will Frauenministerin Helga Konrad (SP) eine Aufstockung ihres Budgets, das derzeit rund 40 Millionen Schilling ausmacht, erreichen. Dies betonte sie gestern, Mittwoch, bei der Präsentation des Frauenberichts (siehe untenstehenden Bericht) in Wien. Konkrete Zahlen wollte sie aber nicht nennen.

Der Verwendungszweck – der Ausbau spezieller Hilfseinrichtungen für Frauen – steht bereits fest. Dazu zählen: die gesetzliche Absicherung eigener Frauenberatungsstellen; Schaffung von „Interventionsstellen" zur Hilfe bei Gewalt in der Familie sowie Gleichbehandlungsanwältinnen in den Bundesländern.

Gleichzeitig bekräftigte Konrad ihren „Wunsch" nach einem eigenständigen Frauenministerium. Dies wäre „ein wichtiges Zeichen", meinte sie. Derzeit ressortiert das Frauenministerium zum Bundeskanzleramt. Bundeskanzler Franz Vranitzky habe bei einem ersten Gespräch darüber „sehr interessiert" zugehört und Verständnis gezeigt.

Nicht locker lassen will die Frauenministerin bei den Plänen für eine gesetzliche Verpflichtung zur Aufteilung der Hausarbeit zwischen berufstätigen Ehepartnern (siehe Graphik). Weil darüber „so viel Dummes" geschrieben worden sei, stellte sie gestern fest: Es gehe ihr um keine Straf-, sondern um eine Sollbestimmung zur Bewußtseinsbildung.

Im Jahr 88.000 Schilling weniger Lohn für Frauen

Zehn-Jahres-Bericht. Kaum Besserung bei den Einkommensnachteilen der Frauen, insgesamt mehr Zeitaufwand für Hausarbeit: Das listet der jüngste Frauenbericht auf.

WIEN (ett). Die Kluft zwischen den Einkommen von Frauen und Männern ist in den letzten Jahren kaum kleiner geworden. Unselbständig beschäftigte Frauen verdienten 1993 um knapp 30 Prozent, also fast ein Drittel, weniger als Männer. Umgerechnet auf ein mittleres Jahreseinkommen waren dies 88.000 Schilling. Das geht aus dem gestern, Mittwoch, vorgestellten 680 Seiten starken Frauenbericht 1985–1995 hervor. Es ist der dritte seit 1975.

Bei der Präsentation durch Frauenministerin Helga Konrad wurde betont, daß sich die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen damit seit 1985 nur geringfügig gebessert hat, also der Abstand zu den Männereinkommen nur wenig geringer geworden ist. Bei den Arbeiterinnen betrug der Einkommensnachteil 35 Prozent, bei Angestellten fast 40 Prozent.

715.000 Hausfrauen

Die Erwerbstätigkeit der Frauen hat in den letzten zehn Jahren zugenommen: sie ist um acht Prozent gestiegen. 62,7 Prozent der Frauen im Alter zwischen 19 und 60 Jahren sind berufstätig. Die Zahl der „Hausfrauen" ist im selben Zeitraum um zwölf Prozent zurückgegangen, nämlich von 815.000 auf 715.000.

Mehr Zeit für Hausarbeit

Bemerkenswert ist ein anderes Ergebnis: Laut Bericht ist trotz zunehmender Erwerbstätigkeit der Frauen auch der Zeitaufwand für Haushaltsarbeiten seit 1985 gestiegen. Offenbar werde ein Großteil der durch Arbeitszeitverkürzungen frei gewordenen Zeit für Hausarbeit verwendet, heißt es als Erläuterung. Als Ursache werden gestiegene Sauberkeitsansprüche, größere Wohnflächen und mehr Zweitwohnsitze angeführt.

Im Durchschnitt ist der Zeitaufwand von Frauen für Hausarbeit und Kinderbetreuung (siehe obenstehende Graphik) mehr als doppelt so groß wie jener der Männer. Ein Drittel der berufstätigen Männer beteiligt sich überhaupt nicht an der Hausarbeit. Insgesamt engagieren sich aber Männer im Vergleich zu früheren Jahren mehr bei der Hausarbeit. Mit dem Aufräumen der Wohnung und mit Wäschewaschen beschäftigen sich nun fast 40 Prozent der Männer (1981: acht Prozent).

Es habe sich etwas zum Positiven verändert, so Konrad grundsätzlich. Ihre Leitlinie: Frauen sollen nicht für Benachteiligung „entschädigt", sondern die Nachteile beseitigt werden. Sie will daher die Gleichstellungspolitik forcieren.

Die beiden Beschuldigten Hermann Kraft (im Vordergrund links) und **Alfons Mensdorff-Pouilly** mit Rückendeckung durch ihre Verteidiger (zweite Reihe, von links nach rechts), **Werner Suppan** für Kraft, **Manfred Lampelmayer** und **Wolfgang Brandstetter.** Photo: „Die Presse"/Hofmeister

Früherer VP-Wehrsprecher verurteilt

Drei Monate Haft auf Bewährung für Ex-VP-Wehrsprecher Kraft, Freispruch für Graf Alfons Mensdorff-Pouilly. Die beiden standen wegen eines Gespräches über Schmiergeldzahlungen für die Koalitionsparteien – Stichwort: Hubschrauber-Ankäufe – vor dem Kadi.

VON MANFRED SEEH

WIEN. Niedergeschlagenheit und Triumph mischten sich gestern, Mittwoch, am frühen Nachmittag, nachdem die Urteile im Prozeß um die zweite große Provisionsaffäre (erst am Montag wurde der Waffenhändler Peter Muchitsch verurteilt) verkündet worden waren. Der inzwischen abgelöste Wehrsprecher der Volkspartei, Hermann Kraft, wurde wegen versuchter „Verbotener Intervention" bei dem früheren SP-Bundesgeschäftsführer Peter Marizzi verurteilt. Die Strafe: drei Monate bedingte Haft. Richter Kurt Wachsmann gestand Kraft allerdings zu, „hineingelegt" worden zu sein – „von wem auch immer!" Der Interventionsversuch bestand in einem Gespräch zwischen Kraft und Marizzi über die Anschaffung von Bundesheer-Flugzeugen und Hubschraubern. Kraft stellte eine fette Provision in Aussicht, falls in der SPÖ für die Bevorzugung eines bestimmten Herstellers Stimmung gemacht würde. Der Ex-Parlamentarier meldete „volle Berufung" gegen den Schuldspruch an.

Grund zum Feiern

Grund zum Feiern hatte indessen der zweite Beschuldigte, Alfons Mensdorff-Pouilly, Ehemann von Ex-Umweltministerin und VP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat; der Konsulent der Rüstungsfirma British Aerospace soll Kraft zu der Intervention angestiftet haben. Dies sei rechtlich irrelevant, urteilte der Richter, denn: „Die ‚Verbotene Intervention' ist an sich schon ein Anstiftungsdelikt." Eine Anstiftung zur Anstiftung stehe laut Strafgesetzbuch gar nicht unter Strafe. Abgesehen davon reiche auch die Beweislage nicht für eine Verurteilung. „Ich bin 54 Jahre alt und beziehe 12.500 Schilling Arbeitslosenunterstützung", hatte Kraft zu Beginn der Verhandlung erklärt. Und: „Ich habe meine Funktionen und meine Gesundheit verloren." Der Vorsitzende winkte den leise sprechenden fünffachen Familienvater dann direkt vor den Richtertisch, worauf die zahlreich erschienenen Prozeßbeobachter ihrem Unmut über die mangelnde akustische Verständlichkeit freien Lauf ließen. „Das Wort Provision wurde mir in den Mund gelegt, das hat immer mein Gesprächspartner Marizzi verwendet", entschuldigte sich Kraft.

Vorhalt des Staatsanwaltes: Die heimlich im Parlament aufgenommene Tonbandaufnahme beweise, daß von „hundert Millionen Schilling" , die nach Österreich geschleust werden sollten, die Rede war. Kraft: „Gemeint war ein allgemeiner Preisnachlaß." Der Staatsanwalt: „Marizzi fragte: ‚Wie bringen wir das Geld nach Österreich', und Sie haben gesagt: ‚Kein Problem, das geht schon'. Das ist doch ein verschwiegener Transfer einer Provision für beide Parteien."

Darauf Pouilly-Verteidiger Lampelmayer: „Ich frage mich, warum nicht der Marizzi dasitzt und der Herr Kraft im Zeugenstand steht." Antwort von Richter Wachsmann: „Weil er noch Abgeordneter ist."

Mensdorff-Pouilly selbst – er nahm knapp vor dem Richter Platz, wodurch das Murren der interessierten Öffentlichkeit weiter anwuchs – präsentierte sich als gleichermaßen aristokratisch-höflich wie auch diplomatisch-unverbindlich: Er habe von Kraft doch nur wissen wollen, warum die Flugzeuge der Firma British Aerospace, deren Österreich-Vertreter er sei, nicht endlich angeschafft würden. Schließlich seien diese vom Bundesheer längst ausgesucht worden.

Erst der Zeuge Marizzi wurde wieder konkreter. Seiner Meinung nach habe Pouilly zu Kraft gesagt: „Wenn Du den Marizzi einkochst, dann laufen Provisionen." Der Graf blieb bis zuletzt unbeirrbar: „Ich hab' nicht gewußt, warum Kraft meinen Namen nennt."

„Ich kenne Gott und die Welt"

Alfons „Ali" Mensdorff-Pouilly: Der passionierte Jäger liebt die Diskretion.

WIEN (gon). Seit Alfons Mensdorff-Pouilly (41) im April 1994 die damalige VP-Ministerin Maria Rauch-Kallat ehelichte, erscheint er des öfteren in den Gesellschaftsspalten. Ansonsten liebt der liebevoll „Ali" Gerufene die Diskretion: Adel verpflichtet. Mensdorff-Pouilly ist Sproß eines alten lothringischen Geschlechts. Er selbst bezeichnet sich als „Bauer", im burgenländischen Lauing hat er eine Landwirtschaft. Nebenbei betreibt er eine Jagd: Zum Schuß kam unter anderen auch Verteidigungsminister Werner Fasslabend (VP). Seine größte Gabe sei es, analysiert der Graf, daß er Gott und die Welt kenne. Dieses Gut nützt er für seine Handelsagentur MPA.

ZITIERT

„Die Rechtswissenschaft besteht aus verschiedenen Meinungen."
Staatsanwalt Georg Karesch zur Feststellung, daß Anstiftung zu einem Anstiftungsdelikt straflos sei.

„Ich hab' da mitgespielt."
Kraft über seine Motivation für das Gespräch mit Marizzi.

„Ich war neugierig."
Marizzi zum selben Thema.

„Was schaut dabei heraus?"
Marizzi zur Provisionsfrage.

Die ewige Fiktion des Transportflugzeugs

Schon Lichal scheiterte beim Ankauf.

WIEN (d. n.). Ein Vorauskommando des Bundesheeres war entsetzt über die Verheerungen des Erdbebens in Armenien. Man schrieb den Dezember 1988. Bergegerät für die Rettung Verschütteter wurde per Funk in Wien angefordert. Die Sowjetunion schickte ein Flugzeug, um Mann und Maschinen abzuholen. Einen halben Tag nach dessen Abflug in Wien wieder ein Funkspruch: Wo bleibt das Flugzeug? Das Ergebnis komplizierter Recherchen: Die Maschine war in Leningrad statt in Leninakan gelandet, wertvolle Zeit verstrichen.

Ab diesem Zeitpunkt forcierte der damalige Verteidigungsminister Robert Lichal (VP) den Kauf von Transportmaschinen. Entschlossener Mitkämpfer war Caritas-Präsident Leopold Ungar, der das Flugzeug für Hilfsgütertransporte nützen wollte. Unter dem Schlagwort „Regierungsflugzeug" wurde das Projekt aber in der Öffentlichkeit unmöglich gemacht. Bis heute ist die Planung nicht abgeschlossen und das Heer verfügt nur über zwei mehr als 25 Jahre alte „Transportmaschinen": Jede mit maximaler Zuladekapazität von 2,2 t . . .

DIE PRESSE-MEINUNG VON KARL ETTINGER

Schreiendes Unrecht

Die ungeschminkten Fakten über die Differenz zwischen Frauen- und Männereinkommen elektrisieren einen jedesmal aufs neue, auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren oft genug genannt worden sind. Es klafft, wie der jüngste Frauenbericht belegt, im Durchschnitt eine Lücke von 88.000 Schilling im Jahr. Was aber noch mehr zum Nachdenken Anlaß gibt, ist der Umstand, daß sich in den letzten zehn Jahren punkto Gehalt wenig zum Besseren für das weibliche Geschlecht gewendet hat. Diese Tatsache war offenbar der Frauenministerin bei der gestrigen Präsentation unangenehm: Sonst hätte sie sofort auch exakte Vergleichsdaten aus dem Jahr 1985 parat gehabt. So vermittelte sie eher den Eindruck, sie wolle etwas kaschieren.

Womöglich könnte ja jemand die Frage aufwerfen, was denn ihre Partei, die SPÖ, die seit 25 Jahren Österreich regiert, gegen dieses schreiende Unrecht getan habe? Oder der sonst so mächtige, SP-dominierte Gewerkschaftsbund? Wir verstehen schon, daß der Weg zur Angleichung der Einkommen steiniger ist als die Einrichtung eines vom Kanzleramt emanzipierten Frauenministeriums. Nur liegt Österreichs Frauen mit Sicherheit mehr an höheren Einkommen als an einem Machtzuwachs einer Ministerin – und sei es auch eine für Frauenbelange.

Jetzt F-Distanz zur „Aula"

Steiermark. Die Freiheitlichen rücken von der Monatsschrift „Aula" ab.

Von unserem Korrespondenten
ERNST SITTINGER

GRAZ. Noch vor einem Jahr erfreute sich die rechtslastige Publikation „Aula" zahlreicher Inserate, wurde mit Geldern des Landes Steiermark unterstützt und in der SP-nahen Druckerei Leykam hergestellt. Jetzt, nach der Verurteilung von „Aula"-Geschäftsführer Herwig Nachtmann nach dem Verbotsgesetz, geht die Politik endgültig auf Distanz zu dem Blatt. F-Landesobmann Michael Schmid sieht „keine wie immer geartete Verbindung" zwischen den Freiheitlichen und der „Aula".

Nachtmann war, wie in einem Teil der gestrigen Ausgabe berichtet, von einem Grazer Geschworenengericht am Dienstag abend zu 240.000 S Geldstrafe und zehn Monaten bedingter Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil ein „Aula"-Bericht die Massenvergasung von Juden bezweifelte. „Ich war schon lange vor Prozeßbeginn nicht mehr bereit, den advocatus für derlei Ansichten zu spielen", betont Schmid. Davon abgesehen, sei allerdings deutschnationales Denken „eine erlaubte Ansicht". Denn: „Bei uns darf ja auch jeder frei herumrennen, der sich Marxist nennt." Nachtmann selbst sprach am Mittwoch von einem Fehlurteil und warf der Staatsanwaltschaft „politische Gesinnungsjustiz" vor.

Daß die „Aula" über Schmids Antrag Landes-Presseförderegelder erhielt, bestätigt dieser, doch habe er damit bereits Schluß gemacht. Für SP-Bundesgeschäftsführer Cap ist die „Aula" nach wie vor „publizistischer Partner" der Freiheitlichen.

Mutter-Kind-Paß wird erweitert

WIEN (red.). „Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Das psychische und soziale Wohlbefinden ist ebenso wichtig." So hat gestern, Mittwoch, Familienministerin Sonja Moser (VP) ihre Ankündigung begründet, daß der Mutter-Kind-Paß erweitert werden soll. Interessierten Eltern soll – nicht verpflichtend für die Auszahlung der Geburtenbeihilfe – im psychosozialen Bereich Hilfestellung gegeben werden.

Bischofsernennung: Mehr Mitsprache?

WIEN (apa). Die Pastoralkommission Österreich (PKÖ), die im Auftrag der Bischofskonferenz Wege aus der Kirchenkrise sucht, spricht sich für mehr Mitbestimmung der Basis bei Bischofsernennungen aus. PKÖ-Vorsitzender Alois Schwarz sagte gestern im ORF-Radio, die vom Kirchenrecht her möglichen Schritte in der Ortskirche sollten ausgeschöpft werden.

Straßenbauskandal: Wirbel in Justiz

INNSBRUCK (ag). Mit einem außergewöhnlichen Schritt protestiert die Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Innsbruck gegen den Quasi-Stillstand bei der Aufklärung des Straßenbauskandals um die Pyhrnautobahn und Arlberg Straßentunnel AG. Die OStA hat laut „Salzburger Nachrichten" wegen Untätigkeit des mit dem Fall befaßten Untersuchungsrichters Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landesgericht eingebracht.